Erscheint täglich
früh 6½ Uhr

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14 part. und Königsplatz 7, nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 197. Mittwoch den 16. Juli 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß wir den vorderen Theil der Löhrstraße in Leipzig von der Kreuzstraße bis zur Promenade in das Eigenthum und die Unterhaltung der Stadtgemeinde übernommen haben.

Leipzig, den 7. Juli 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ib. 3815. Dr. Georgi.

Bekanntmachung.

Die Regulirung mehrerer Entwässerungsgräben im Rosenthale soll an einen Unternehmer in Accord verdungen werden.

Die Bedingungen und Angebotsformulare für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14 aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 0,75 ℳ, welche eventuell in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Regulirung von Entwässerungsgräben im Rosenthal"

versehen ebendaselbst und zwar bis zum 31. Juli 1890 Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 9. Juli 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Ib. 3853. Dr. Georgi. Lindner.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Bedarfs an **Kartoffeln und Mohrrüben** bei dem Garnison-Lazareth Leipzig — August 1890 bis Juni 1891 — soll an den Mindestfordernden vergeben werden.

Unternehmer wollen die Bedingungen hier einsehen und unterzeichnen und dann Angebote versiegelt mit der Aufschrift: „Kartoffel- 2c. Lieferung" bis 19. Juli c. Vormittags 10 Uhr portofrei anher einsenden.

Leipzig, am 12. Juli 1890.

Königliches Garnison-Lazareth.

Frankreich.

Frankreich bietet gegenwärtig das Bild einer Macht, welche sich unbehaglich fühlt, ohne doch diese Lage verändern zu können, es liegt auf der Lauer, um die ungeheuern Streitkräfte, welche es im Laufe der letzten zwanzig Jahre organisirt hat, verwenden zu können, und muß sich doch sagen, daß die Zeit dazu noch nicht reif ist, und daß sich auch nicht annähernd bestimmen läßt, wann diese Reife eintreten wird. In den letzten Wochen hat die französische Regierung sehr unliebsame Erfahrungen mit der Marine gemacht. Bei der Mobilmachung der Flotte hat sich ein Theil derselben als nicht seetüchtig erwiesen, und das Torpedowesen hat die Erwartungen vollständig getäuscht. Das ist weniger ausgesprochen als empfunden worden, denn die Franzosen lieben es nicht, von den Mängeln ihrer öffentlichen Einrichtungen Aufhebens zu machen, was man ihnen auch nicht verdenken kann.

Ob das Landheer sich in besserem Zustande befindet, werden die Manöver zeigen. Es ist das ohne Weiteres anzunehmen, da die französische Armee auf eine ruhmreiche Vergangenheit zurückblickt, während die Flotte niemals das geleistet hat, was sie nach der Zahl der Schiffe und der Bemannung hätte leisten sollen, wenn man z. B. die englische Flotte als Norm betrachtet. Die Franzosen sind von jeher zur See nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gewesen, und zu Lande war die Cavallerie ihre schwache Seite, weil sie nicht reiten können. Das Elsaß hat ihnen die besten Reiter geliefert, wie auch der Krieg von 1870 noch bezeugt hat. Die Infanterie und die Artillerie haben den gemeinsamen Fehler, daß sie nur dann den Sieg zu erringen pflegen, wenn der erste Ansturm gelingt. Wird dieser siegreich zurückgewiesen, dann ist die Niederlage bald entschieden, weil die Truppenkörper der Franzosen niemals den Grad von organischem Zusammenhang der einzelnen Theile gewinnen, welcher den Hauptvorzug der deutschen Truppen bildet. Wenn die durch Kugeln in die Reihen der Franzosen gerissenen Lücken den moralischen Halt der Truppen längst zerstört haben, dann schließen sich die deutschen Truppen immer aufs Neue zum Ganzen und setzen den Widerstand bis aufs Aeußerste fort. Das ist das nicht an zu erziehende Mittel, durch welches wir unsere Erfolge im Jahre 1870 errungen haben, und da die Franzosen feine Beobachter sind, so werden sie wohl eingesehen haben, daß dieser Vorzug der deutschen Truppen auch durch bessere Bewaffnung und Zahl der Soldaten nur schwer auszugleichen ist.

Die Franzosen können also einen Friedensbruch nur wagen, wenn sie Bundesgenossen haben, deren Interesse mit dem ihrigen zusammentrifft, und einen solchen Bundesgenossen haben sie selbst an Rußland noch nicht erworben.

Die Gründe, welche Rußland von einem Bündniß mit Frankreich zurückhalten, sind oft erörtert worden, aber ob sie wirklich erkannt worden sind, ist zu bezweifeln. Die Abneigung des absolutesten Staates von Europa, ein Bündniß mit einer Republik einzugehen, ist gewiß nicht zu unterschätzen, aber dieser Grund allein reicht nicht aus, um Rußlands Zurückhaltung zu erklären, denn die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich sind die besten, und die Beweise, daß sie es sind, mehren sich von Tag zu Tage. Auch Rußland muß den Fall in Rechnung ziehen, daß eine Niederlage seine Stellung verschlechtern und Kräfte entfesseln könnte, welche den Krieg als das thörichtste Unternehmen erweisen würden, was ins Werk gesetzt werden könnte.

Mit noch nie da gewesener Offenheit sind die Zahlenverhältnisse der Heere des Dreibundes und der beiden Großmächte Frankreich und Rußland in den Etatsgesetzen des Ausschusses des deutschen Reichstages für die Militairvorlage besprochen worden, es herrscht also volle Klarheit in dieser Beziehung in ganz Europa, und Frankreich hat diese Verhandlungen gewiß mit derselben gespannten Aufmerksamkeit verfolgt wie das übrige Europa. Trotzdem ist nichts geschehen, um die für Frankreich und Rußland verhältnißmäßig günstige gegenwärtige Lage auszunutzen, also müssen doch wohl noch andere Erwägungen in Frage kommen, als die Ueberlegenheit durch die Zahl. Die Hauptgründe, welche einen Angriff Frankreichs und Rußlands auf den Dreibund verhindern, bestehen in der Unsicherheit des Erfolges und in der Besorgniß vor den Folgen, welche sich aus einer Niederlage entwickeln könnten. Diese Gründe haben aber seit Aufrichtung des Dreibundes bestanden und werden in Zukunft eher an Kraft gewinnen als verlieren. Deutschland wendet die höchsten Anstrengungen auf, um der Wucht der Zahl seiner Gegner ein entsprechendes Gegengewicht herzustellen, und die Festigkeit der Zustände weiter in Frankreich noch in Rußland läßt sich auch nur annähernd mit der Sicherheit des deutschen Staatsorganismus vergleichen. Man hat von einer particularistischen Bewegung in Deutschland gesprochen, welche in Folge der großen Militairlasten entstanden sein soll. Das sind ganz vereinzelte Kundgebungen, die auf die öffentliche Meinung keinen maßgebenden Einfluß üben, man weiß auch in Süddeutschland ganz genau, daß die Aufwendungen für Militairzwecke nicht zum Fenster hinausgeworfen sind, sondern sehr ernsten und wichtigen Bestimmungen dienen, welche die Bewahrung und Befestigung des europäischen Friedens zur nothwendigen Folge haben.

Das ist der Triumph der deutschen Friedenspolitik, daß sie die schädlichen Triebe auf Krieg sinnender Nachbarvölker nicht zum Durchbruch kommen läßt, daß sie sich scheuen, die Brandfackel zu entzünden, welche unsägliches Unglück über Europa bringen müßte, ohne doch das Ziel des Friedensstörer zu erreichen. Man spricht im Süden Europas immer so viel von Abrüstung und von Einsetzung internationaler Schiedsgerichte zur Beglichung aller Streitigkeiten der Mächte untereinander. Dieses Gerede hätte nur einen Sinn, wenn die Macht, welche die Rüstungen auf die höchste Stufe getrieben hat, ohne doch durch die politische Lage dazu irgend wie genöthigt zu sein, mit der Abrüstung den Anfang machte. Möge doch Frankreich abrüsten, wir würden sofort folgen, denn daß wir die Initiative Frankreichs mit einem Angriff beantworten würden, glaubt selbst in Frankreich kein verständiger Mensch. Gerade durch die alles Maß überschreitenden Rüstungen, welche Frankreich seit 20 Jahren betreibt, zeigt es, daß es auf einen Angriff sinnt und ihn unternehmen wird, sobald ihm die Gelegenheit dazu günstig erscheint.

Frankreich kann seine große Armee nur durch fortgesetzte Steuererhöhungen auf den Beinen erhalten, und diese Erhöhungen votiren die Kammern mit unerschöpflicher Bereitwilligkeit; fast jede Kammersitzung in neuester Zeit hat eine Steuererhöhung gebracht, ohne daß dadurch die Stellung des Finanzministers erschüttert worden wäre. Die Kammern kennen die Ursachen dieser stets wachsenden Anforderungen ganz genau, sie fügen sich aber mit ungewöhnlichem Gleichmuth den Consequenzen. Das ist keine offene Politik, das ist die Politik des Wegelagerers, welcher jeden Augenblick bereit ist, sich auf friedliche Wanderer zu stürzen. Wir können das, was Frankreich thut, nicht hindern, wir können nur die öffentliche Aufmerksamkeit darauf richten, damit man sich bewußt bleibe, wie die Dinge in Europa stehen. An Zündstoff fehlt es ja nie, und wir haben die Ereignisse, welche solchen enthalten, stets der Aufmerksamkeit unserer Leser nahe gerückt, die beste Abwehr gegen alle im Geheimen wirkenden Kräfte bildet aber eine stets wachsame und kampfbereite Armee, und deshalb wollen wir uns die Mittel, welche wir zur Erhaltung einer solchen aufwenden, nicht gerauen lassen, Frankreich muß stets dessen eingedenk sein, mit welchem Gegner es zu thun hat.

Leipzig, 16. Juli.

* Der Rückkehr des Kaisers nach Deutschland wird zum 27. d. M. entgegengesehen.

* Das Wiborg'sche Infanterie-Regiment, dessen Chef Seine Majestät der Kaiser Wilhelm ist, feierte am 8. Juli sein Stiftungsfest. Seine Majestät hat an das Regiment folgendes Telegramm gerichtet:

„Ich treffe soeben in Bergen ein und bin beglückt, von Meinem schönen Regiment Wiborg Grüße vorzufinden. Ich danke Ihnen und dem Regiment hierfür herzlichst und sende demselben zum Gedenken seines Ehren- und Jubeltages des 190jährigen Bestehens als freundlichen Gegengruß Meine wärmsten Wünsche für seine weitere ruhmvolle Zukunft. Wilhelm I. R."

Auch vom Obersten Freiherrn v. Bülow im Namen des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments, vom Oberst-Lieutenant Kuhlmay im Namen des Ulanen-Regiments Kaiser Alexander III. und vom kaiserlichen Botschafter General v. Schweinitz waren telegraphische Glückwünsche eingelaufen.

* Wie der „Elberfelder Zeitung" aus Bremen gemeldet wird, hat der Staatsminister von Bötticher in Bremen auf Befragen geäußert, daß weder ein Termin für die Uebergabe der Insel Helgoland an Deutschland, noch ein Ceremoniell für diese Feierlichkeit bestimmt worden sei. Der Kaiser persönlich werde den Act überhaupt nicht vollziehen, da dies der Würde eines regierenden Fürsten nicht entspreche. Prinz Heinrich werde die Uebernahme auch dann nur als Prinz des königlichen Hauses vollziehen können, wenn gleichzeitig die Königin von England auch ihrerseits einen Prinzen damit beauftragen würde. Die Details der Uebergabe würden erst während der Anwesenheit des Kaisers in England und nach Rücksprache daselbst mit der Königin Victoria festgesetzt werden.

* Die „Nationalliberale Correspondenz" schreibt:

Die „Freisinnige Zeitung" knüpfte an unsere letzte Betrachtung über das Ueberhandnehmen des Particularismus einige im Tone der Rechtfertigung dieser Bewegung gehaltene Bemerkungen und schloß: „Eine Steuerpolitik, wie sie bei uns seit Jahren im Schwunge ist, muß die Opposition auf allen Seiten hervorrufen." An demselben Tage, da die „Freisinnige Zeitung" dieses schrieb, bemerkte die „Vossische Zeitung" in einem Aufsatze über die Wirkungen der Reichsfinanzpolitik: „Die Einzelstaaten haben sich sehr wohl befunden; ihnen regneten Ueberweisungen in den Schooß, die nur zu einem kleinen Theile von den Matricularbeiträgen wiederum in Anspruch genommen wurden, und sie konnten Ueberschüsse erzielen." Nach der „Vossischen Zeitung" kann also das in Bayern und Württemberg beobachtete Wiederaufleben der gegen den Fortbestand des Reiches gerichteten Tendenzen nicht auf eine Politik zurückgeführt werden, welche der „Freisinnigen Zeitung" zufolge als die Ursache jener Strömung angesehen werden muß. Ein nach dem 10. Juni bemerkenswerther Mangel an Uebereinstimmung über die Natur nationaler Lebensfragen. Wenn die „Freisinnige Zeitung" für die grundstürzenden Bestrebungen des unversöhnlichen Particularismus keinen anderen als den sanften Ausdruck „Opposition" hat, so ist das verständlich. Das Blatt will damit ohne Frage die Ueberzeugung kundgeben, daß dem deutschen Einheitsstaate von dem süddeutschen Preußenfresserthum keine größere Gefahr droht, als von dem nordbeutschen Radicalismus — eine Ansicht, die man nirgends besser auf ihre Richtigkeit zu prüfen in der Lage ist, als im Kreise der „freisinnige Zeitung". — Mit welchen Manövern übrigens die Stimmungsmacherei gegen „die Preußen" betrieben wird, zeigt die heutige Ausgabe des „Staatsanzeigers für Württemberg". Dieses Amtsblatt erklärt an einer, von dem demokratischen Stuttgarter „Beobachter" verbreiteten Nachricht, daß ein preußischer Beamter an die Spitze der württembergischen Staatseisenbahn-Verwaltung gestellt werden solle, „sei kein Wort wahr und nie ein Wort wahr gewesen". Die unsichtige Form des Dementis verräth, daß die württembergische Regierung die publicistische Methode der Demokratie genau kennt, sie wird aber nicht verhindern, daß man mittelst der kleinen demokratischen Presse im Lande verbreitet, der „preußische Anschlag" auf die württembergische Eisenbahn habe bestanden und sei nur durch die Wachsamkeit des „Beobachters" vereitelt worden. So liegt die Demokratie und so führt sie ihre Klinge.

* Der preußische „Staatsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz über die Rentengüter und das Gesetz, betr. die Fürsorge für die Waisen der Lehrer an öffentlichen Volksschulen, beide datirt Kiel, 27. Juni.

* Der Herausgeber des „Frankfurter Journals" beharrt der Anweisung der „Hamburger Nachrichten" gegenüber dabei, daß seine Wiedergabe der Aeußerungen des Fürsten Bismarck bei dem bekannten Interview durchaus genau sei. Finden die „Hamburger Nachrichten" einige der letzteren irrig, so mögen sie die Richtigstellung nicht von ihm, sondern an den eigentlichen Urheber adressiren. Zu der Bemerkung der „Hamburger Nachrichten", Fürst Bismarck könne nicht von dem Staatsrath bei den Erlassen gesprochen haben, denn die Erlasse seien publicirt worden, noch ehe der Staatsrath zusammentrat, bemerkt Herr Rittershaus:

Die Thatsache war mir gleichfalls nicht unbekannt. Indeß ist auch dieser Satz des Interviews Original des Fürsten. Zum Beweise meiner Behauptung will ich jetzt noch eine Aeußerung Bismarcks anführen, welche ich bisher nicht veröffentlichte. Der Fürst sagte: „Ich glaubte, daß die Rücksicht auf den Staatsrath, überhaupt auf Europa, den Kaiser veranlassen würde, die Erlasse aufzugeben." Nach dieser Aeußerung, ebenso nach der anderen, der von mir mitgetheilten, muß also noch vor Publication der Erlasse der Staatsrath befragt worden sein. Wenigstens hat sich Fürst Bismarck ganz klar in diesem Sinne aufgesprochen. Vielleicht aber ist ihm auch ein lapsus linguae begegnet.

* * *

* Am Sonnabend haben die Landtagswahlen aus der Gruppe der Großgrundbesitzer im Salzburg stattgefunden und mit einer Niederlage der von dem Landeshauptmann Grafen Chorinsky geführten Klerikalen geendet. Die Liberalen und die Lienbacher-Partei hatten einen Compromiß abgeschlossen, und die auf Grund desselben aufgestellte Candidatenliste erhielt 125—123 Stimmen, während die klerikalen Candidaten es nur auf 107—98 Stimmen brachten. Schon im letzten Landtage verfügte die klerikale Partei unter Führung des Grafen Chorinsky nicht mehr über die Landtagsmajorität, da sie 12, die liberale Partei 11 und die Fraction Lienbacher 3 Mandate besaß. Im neuen Landtage verfügen die Klerikalen nur mehr über 10, die Liberalen gleichfalls über 10 und die Lienbacher-Partei über 6 Stimmen. Im Landesausschuß wird künftig nur mehr ein Klerikaler (aus der Gruppe der Landgemeinden) sitzen; die Liberalen und die Lienbacher-Partei werden gleichfalls je einen Landesausschußbesitzer aus der Gruppe der Städte, bezw. des Großgrundbesitzes entsenden, das vierte Ausschußmandat wird ein Compromißcandidat dieser beiden Fractionen erlangen. Graf Chorinsky, der bisher Landeshauptmann war, hat kein Mandat mehr inne, der neue Landeshauptmann dürfte einer der beiden, bei den Wahlen verbündeten Parteien entnommen werden.

* Die russischen Zeitungen veröffentlichen den vom 12. (24.) Juni datirten Ukas des Zaren, welcher den dirigirenden Senat mit der Ausführung der vielbesprochenen Reformen der Gouvernements- und Kreislandschafts-Institutionen (Semstwos) beauftragt. Die Aenderungen sollen nach Angabe des Ministers des Innern nach und nach in folgenden Gouvernements in Kraft treten: Bessarabien, Wladimir, Wologda, Woronesch, Wjatka, Jekaterinoslaw, Kaluga, Kasan, Kostroma, Kursk, Moskau, Nischnij-Nowgorod, Nowgorod, Olonez, Orel, Pensa, Perm, Poltawa, Pskow, Rjasan, Ssamara, St. Petersburg, Saratow, Simbirsk, Smolensk, Taurien, Tambow, Twer, Tula, Ufa, Charkow, Chersson, Tschernigow und Jaroslaw.

* Die rücksichtslose Russificirung Finnlands veranlaßte die Auflösung des Vereins Helsingfors Munga Musikanter, welcher im vorigen Jahre in Berlin, Paris und Hamburg mit stürmischem Erfolge concertirte. Es gehörten ihm die akademische Jugend und die vornehmsten Adligen Finnlands an. Die Auflösung erfolgte, um einem Concerte bei dem demnächst stattfindenden Besuche des Zaren in Helsingfors auszuweichen, da man Kundgebungen dabei befürchtete.

* Die Erste niederländische Kammer hat dem Uebereinkommen mit Frankreich, durch welches die Competenz des Schiedsrichters in der Grenzfrage zwischen Surinam und Französisch-Guyana erweitert wird, mit 36 gegen 3 Stimmen ihre Zustimmung ertheilt. (Wiederholt.)

* Die große Truppenparade, welche aus Anlaß des französischen Nationalfestes am Montag auf Longchamps stattfand, ist, wie wir wiederholen, bei schönem Wetter glänzend verlaufen. Präsident Carnot wurde von der sehr zahlreichen Zuschauermenge mit lebhaften sympathischen Kundgebungen begrüßt. Als sich der Präsident auf der Rückfahrt von dem Paradefelde dem Elysée-Palaste bereits bis auf wenige Minuten genähert hatte, wurde von einem am Wege stehenden Individuum aus einem Revolver ein Schuß in die Luft abgefeuert. Der alsbald Verhaftete nennt sich Jacob, ist Chemiker ohne Beschäftigung und scheint lediglich beabsichtigt zu haben, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Derselbe befindet sich augenblicklich im Verhör. Der verhaftete Chemiker Jacob erklärte bei seiner Vernehmung, er sei der Urheber zahlreicher Erfindungen, mit denen er aber keine Erfolge erzielt habe und habe mit dem abgefeuerten Schuß nur die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich lenken wollen. Zugleich wies derselbe thatsächlich nach, daß sein Revolver nur mit Pulver und nicht mit Kugeln geladen gewesen sei. — Der boulangistische Deputirte Paulo Mery, der, als die patriotischen Vereine vor der Statue der Stadt Straßburg auf dem Eintrachtsplatze vorüberzogen, eine Rede halten wollte, wurde von der Polizei verhaftet, nach Aufnahme eines Protokolls aber wieder freigelassen.

* Der Führer der serbischen Fortschrittspartei, Milutin Garaschanin, hat an den Centralausschuß seiner Partei ein Manifest gerichtet, aus dem wir die wichtigsten Stellen hervorheben. Im Eingang weist er darauf hin, daß ein Jahr verflossen ist, seitdem die Fortschrittspartei ihre Thätigkeit vorläufig eingestellt hat. Die blutigen Gründe, welche sie dazu veranlaßten, wurden durch die zahlreichen Gräber und Brandstätten, die während dieses Jahres in Serbien neu erstanden, in die Erinnerung zurückgerufen:

Seitdem hat sich die Lage in Serbien wesentlich verändert. Damals war eine neue, unbekannte, in der Leitung der Staatsangelegenheiten unerfahrene Regierung kaum ans Ruder gelangt. Damals erwuchte Jedermann von der nun herrschenden Partei den Antrieb einer besseren Zeit, in welcher Freiheit, Recht und Fortschritt die Leitsterne Serbiens sein sollten. Ja, auf Rechnung der vielen in diese Regierung gesetzten Hoffnungen, auf Rechnung des verheißenen Glückes hat man damals sogar geduldet, daß Recht und Freiheit mit Füßen getreten und die ersten Schritte in das neue Verfassungsleben von unschuldigem Serbenblute befleckt wurden. Damals jubelten gar viele den Ungeheuerlichkeiten vom 14. und 15. Mai 1889 (den thätlichen Angriffen gegen die Fortschrittspartei) zu. Und als einer ganzen Reihe serbischer Bürger, als einer ganzen politischen Partei eines der wichtigsten Verfassungsrechte abgesprochen und derselben jeder gesetzliche Schutz versagt wurde; als infolgedessen mehrere hundert serbische Bürger unmüß ihr Leben aushauchten, mehrere hundert Häuser dem Erdboden gleichgemacht wurden und viele hunderte serbischer Waisen zum Bettelstabe greifen mußten, hielt man auch dies für einen billigen Preis für das, was versprochen wurde. Deshalb hat man auch damals alles hingenommen, alles verziehen und verdeckt. Geblieben sind nur die Gräber und Schutthaufen, weil man diese niemals verzeihen — geblieben ist nur die Schande, weil man sie niemals verschmerzen kann. So war es damals, heute ist es anders. Heute haben sich die Versprechungen als eitle Wahngebilde erwiesen. Die öffentliche Rechtssicherheit, die am 14. und 15. Mai v. J. so schmählich mit Füßen getreten wurde, wird heute im ganzen Lande zum Schaden des ganzen Volkes offen und rücksichtslos angegriffen und vernichtet. Man dient nicht mehr dem Gesetze, man schmeichelt dem Verbrechen. Die Autorität der Staatsgewalt ist erschüttert, die Autorität der Halbucken und anderer Räuber im steten Wachsthum begriffen. Der Mangel an Rechtssicherheit, die Verneinung aller Rechtsgrundsätze, die Umgehung der Verfassungsbestimmungen auf einer kindischen Grundlage, Compromittirung der internationalen Beziehungen, Unterdrückung der hervorbringenden Kräfte des Volkes und völlige Außerachtlassung der gebieterischen Aufgaben der Zukunft Serbiens, all diese Dinge sind heute nicht mehr Anzeichen eines politischen Zweikampfes zwischen der fortschrittlichen und radicalen Partei, nein, sie bilden das theure Lösegeld, mit welchem das ganze Land leere Versprechungen einzulösen gezwungen ist. Heute steht nicht mehr die Fortschrittspartei in Frage, die Frage ist allgemein geworden. Im Verlaufe eines Jahres wurde das serbische Volk vor eine Frage gestellt; sie heißt Vaterland. Wenn daher die Fortschrittspartei im vorigen Jahre, als sie die einzige Zielscheibe war, auch recht hatte, ihre politische Thätigkeit im eigenen Interesse einzustellen, so muß sie es heute, wo das Vaterland in Frage kommt, für ihre Pflicht erachten, einzuschreiten und angesichts der politischen Lage im Lande Stellung zu nehmen. Eben deshalb freut es mich, im Namen der Partei erklären zu können, daß die Fortschrittspartei von heute an als einheitliche Partei ihre politische Thätigkeit fortsetzen wird. Ich bin fest überzeugt, daß alle Fortschrittler im Sinne des Beschlusses vom 14. Mai v. J. innerhalb der Grenzen der Verfassung und der bestehenden Landesgesetze mit männlicher Ausdauer zur Arbeit schreiten und daß sie auch von Neuem gerade so wie bisher stets dessen eingedenk sein werden, daß Wahrheit der verläßlichste Bundesgenosse und Ehrlichkeit die ehrenvollste Waffe sei. Laßt uns nach der Wahrheit und auf unsere Ehrlichkeit uns stützen! Vorwärts daher in Gottes Namen und zur guten Stunde!

gez. Garaschanin.

* Zu den lebensfähigsten und stattlichsten deutschen Gemeinden auf italienischem Boden gehört neben der Zahre und Tischlwang ganz besonders Bladen oder Sappada. Es liegt an einem Quellbache des Piavestusses und ist am Bequemsten von Innichen in Tirol aus zu erreichen. Die Gemeinde besteht aus 13 größeren und kleineren Ortschaften, bez. Weilern, die die Namen Großdorf, Moosen, Mühlbach, Bach, Büchel, Gattern, Höfe, Brunn, Krattern, Wager, Ecke, Bucher und Außerbladen führen, und zählt im Ganzen 1400 deutsche Einwohner, die gleich den Tischlwangern zum Theil in Oesterreich, Süddeutschland und der Schweiz Arbeit und Verdienst suchen und finden. Der Unterricht war bis vor Kurzem noch in den Hauptorten Großdorf und Außerbladen deutsch; neuerdings versuchen zwei italienische Lehrer, die deutsche Sprache aus den Schulen zu verdrängen. In einer Ortschaft wird deutsch, in Großdorf leider schon welsch gepredigt. Die italienischen Behörden machen die Pflege der alten Volkssprache immer schwerer, und nicht ohne Besorgniß kann man der Zukunft dieses Reises am Stamme des deutschen Volkes entgegensehen. Daß es nicht verdorre, dazu beizutragen ist Pflicht der Deutschen im Mutterlande. Es läßt sich der deutsche Volksgeist in Bladen stärken durch Beschaffung deutscher Schriften, durch Förderung deutschen Privatunterrichtes für die Jugend und vor Allem durch Besuch und Anknüpfung persönlicher Beziehungen zu diesen Volksgenossen im fremden Lande. Sie wollen ja deutsch bleiben, die Bladner! Gleich Tischlwang ist auch Bladen von Tiroler Auswanderern in der Mitte des 12. Jahrhunderts angelegt worden; Bauern, die von ihren Herren hart geplagt wurden, fallen unter dem Schutze der meist deutschen Patriarchen von Aquileja in der Thalmulde von Bladen eine Zuflucht gesucht und das Rodungswerk zuerst begonnen haben. Ohne große Mühe hätte Oesterreich in unserem Jahrhundert die an Tirol angrenzende Gemeinde Bladen zu diesem Kronlande schlagen und so die auf Oesterreich weit mehr als auf Italien angewiesene deutsche Bevölkerung der deutschen Zunge für immer erhalten können.

* Um der deutschen Sprache ihre hervorragende Stellung im japanischen Erziehungs- und Bildungswesen zu erhalten, ist (so wird aus Tokio gemeldet) vor einigen Tagen ein wichtiger Schritt geschehen. Das Edict, das die deutsche Abtheilung in den höheren Mittelschulen Japans aufhob, ist wieder zurückgenommen worden, bevor es in Kraft trat. Dadurch wird den deutschen Rechtsabtheilungen und der medicinischen Facultät auch in Zukunft die Beibehaltung des Deutschen als Unterrichtssprache ermöglicht und eine engere Verbindung mit dem deutschen Geistesleben auch den künftigen Geschlechtern zur Pflicht gemacht. Die Kenner und Verehrer deutscher Wissenschaft, die unter den hochgestellten Japanern ziemlich zahlreich sind, haben sich dieser Sache mit regem Eifer angenommen. Um die Agitation gegen die einflußreichen Verkämpfer der ausschließlichen Geltung der englischen Sprache hat sich Herr Omura, Lehrer an der höheren Mittelschule und Director einer eigenen Erziehungsanstalt in Tokio, das größte Verdienst erworben. Um diesen Sieg würdig zu feiern, haben sich alle für die deutsche Sprache interessirten Kreise der Residenz zusammengethan. Voran die medicinische Facultät und die deutsche Rechtsabtheilung der kaiserlichen Universität, der Verein für deutsche Wissenschaft, der eine eigene große Lehranstalt nebst einer Rechtsschule unterhält, die deutsche Abtheilung der Adels-